

## **A u s z u g**

### **aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

#### **zu 5.1 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6) Vorlage: V/2013/11394**

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (einschließlich aller angenommenen Änderungsanträge) wird wie folgt geändert:

Rückführung der Festsetzungen 6.4 und 6.6 in die Fassung der Beschlussvorlage am 12.12.12 (s. u., Änderungen kursiv)

**F 6.4** Die Verkehrsunternehmen (Konzessionäre) haben, auch beim Einsatz von Subunternehmern, die folgenden Anforderungen zu gewährleisten:

[...]

4. Für die zur Erbringung der Linienverkehrsleistungen eingesetzten Beschäftigten ist *mindestens ein jeweils gültiger Tariflohn des Verkehrsgewerbes gemäß § 10 (2) Vergabegesetz LSA* zu zahlen.

Erläuterung: Zur Wahrung einheitlicher Qualitätsstandards sind, ungeachtet der Verantwortung des Betreibers des Linienverkehrs, an die Verkehrsunternehmen hohe Maßstäbe bezüglich Verkehrssicherheit und Verbraucherschutz zu setzen. Mangels eindeutiger rechtlicher Normen für Subunternehmen im Linienverkehr sind im Nahverkehrsplan ergänzende Regelungen zu verankern, die diesen Anspruch gewährleisten.

**F 6.6** Bei einem Wechsel des Anbieters von Linienverkehrsleistungen ist das neu eintretende Verkehrsunternehmen zu verpflichten, die für die zu erbringende Verkehrsleistung erforderlichen Mitarbeiter des bisherigen Verkehrsunternehmens zu den *bis dato gewährten Arbeitsbedingungen gemäß § 11 Vergabegesetz LSA* zu übernehmen, *soweit sie das bisherige Verkehrsunternehmen freisetzen würde.*

Erläuterung: Die Stadt Halle (Saale) kommt damit ihrer sozialen Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern im ÖPNV, welche überwiegend auch Bürger der Stadt Halle (Saale) sind, nach.

**Finanzielle Auswirkungen:** keine direkten

**Abstimmungsergebnis:** abgesetzt

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

## **A u s z u g**

### **aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

#### **zu 5.2 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zum Regionalbusverkehr (Kap. 7.3) Vorlage: V/2013/11400**

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (einschließlich aller angenommenen Änderungsanträge) wird wie folgt geändert:

Wiederaufnahme der Festsetzung 7.3.1 (und Anpassung der Nummerierung in Kapitel 7.3)

**F 7.3.1** Die Stadt Halle (Saale) wird im Rahmen ihrer Beteiligung an der Nahverkehrsplanung und den Liniengenehmigungsverfahren benachbarter Landkreise darauf hinwirken, dass in das Stadtgebiet einbrechende Linien des Regionalbusverkehrs an geeigneten Straßenbahnhaltestellen im äußeren Stadtgebiet enden, wo Direktverbindungen ins Stadtzentrum bestehen. Priorität haben dabei die Verknüpfungspunkte Schwimmhalle (Neustadt) und Trotha, wo durch vier bzw. drei Straßenbahnlinien eine sehr hohe Bedienfrequenz erreicht wird. Bei der Fahrplangestaltung sind Umsteigezeiten von maximal 5 min anzustreben.

Gemeinsam mit den Aufgabenträgern für den Regionalbusverkehr sind diesbezüglich im Sinne eines integrierten, kundenorientierten und wirtschaftlichen Leistungsangebots Rahmenvorgaben für die in das Stadtgebiet hineinführenden Linienverkehre abzustimmen, die vor dem Hintergrund der begrenzten Finanzmittel eine bestmögliche Erreichbarkeit des Oberzentrums Halle aus dem Umland sicherstellen. Dabei sind auch mögliche Verknüpfungen an den SPNV-Stationen (ggf. auch außerhalb des Stadtgebiets) zu berücksichtigen.

*Erläuterung: Der bestehende Parallelverkehr mit Regionalbussen ist aus wirtschaftlichen, verkehrlichen und ökologischen Gründen nicht zu verantworten. Bei guter Koordination der Fahrpläne sollte die Notwendigkeit des Umsteigens nicht vom Besuch des Stadtzentrums abhalten, zumal die Straßenbahn häufig näher an die Ziele heranführt. Auch aus den Stadtbuslinien muss auf dem Weg in die Altstadt i.d.R. in die Straßenbahn umgestiegen werden. Mindestens an den genannten Straßenbahnhaltestellen ist direktes Umsteigen zwischen Bus und Straßenbahn voraussichtlich problemlos zu organisieren. Das pausenbedingte Abstellen der Regionalbusse ist in Trotha am Ort und in Neustadt am S-Bahnhof Neustadt möglich. Die frei werdenden Kapazitäten können zur Verbesserung des Angebots im Saalekreis (z.B. Linienerweiterung, Taktverdichtung) genutzt werden.*

**Finanzielle Auswirkungen:** keine direkten

**Abstimmungsergebnis:** abgesetzt

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

## **A u s z u g**

### **aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

#### **zu 5.3     Jahresabschluss 2011 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2012/11173**

---

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Beschluss V/2011/09956 zur Abführung von 323.734,82 EURO aus dem Jahresabschluss 2010 an die Stadt Halle (Saale) in der Gestalt umgesetzt wurde, dass der Zuschuss in 2012 um 300.964,00 EURO gekürzt und seitens der Stadt Halle/Saale verrechnet wurde.  
Zum Differenzbetrag von 22.770,82 EURO wird der Ausschüttungsbeschluss bestätigt.
2. Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2011 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten mit

Bilanzsumme:	43.012.001,06 EURO
Jahresüberschuss:	37.060,99 EURO

wird festgestellt.
3. Der Jahresüberschuss in Höhe von 37.060,99 EURO wird auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes Kindertagesstätten wird für das Wirtschaftsjahr 2011 Entlastung erteilt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

**zu 5.4 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie participationsbericht über das Jahr 2011  
Schlussberatung inklusive Anträge der Fraktionen  
Vorlage: V/2012/11037**

---

**geänderter Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2013 mit dem Haushaltsplan 2013.
2. Der Stadtrat nimmt den participationsbericht 2011 zur Kenntnis.
3. ***Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat im September 2013 den Entwurf der Nachtragssatzung 2013 vorzulegen.***

**Abstimmungsergebnis:**

5 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
5 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

- zu 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011" (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037)  
– hier Produkt: "Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze"  
Vorlage: V/2013/11575**
- 

**geänderter Beschlussvorschlag:**

Im Produkt 1.55102 „Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze“ werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für die Unterhaltung der Spielplätze um 305.800 € erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen im Produkt 1.12201 „Allgemeine Sicherheit und Ordnung“ (Haushaltsansatz Bußgelder) **in o. g. Höhe**, die bisher nicht im Haushaltsentwurf 2013 eingeplant worden sind.

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

## **A u s z u g**

### **aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

**zu 5.4.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011" (Vorlagen-Nummer V/2012/11037) – hier: Investitionsprogramm 2013 - 2016 Vorlage: V/2013/11576**

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Folgende im Rahmen der Kategorie „Neubeginne ohne Förderung“ im Investitionsprogramm 2013 – 2016 benannten Tiefbaumaßnahmen der Jahre 2015 – 2016 werden gestrichen:

- Projekt 7.660152 - Huttenstraße zw. E.Br. u. Turmstr. – 150.000 € (2016)
- Projekt 7.660154 - Richard-Paulick-Str. – 360.000 € (2016)
- Projekt 7.660155 - B 100 (Abschnitte) – 200.000 € (2015)
- Projekt 7.660156 - Regensburger Straße (Abschnitte) – 300.000 € (2016)
- Projekt 7.660157 - Berliner Str. zw. Gothaer - Fritz-Hoffmann-Str. – 300.000 € (2016)
- Projekt 7.660158 - Brachwitzer Straße – 210.000 € (2016)
- Projekt 7.660159 - Zollrain stadtauswärts zw. An der Magistrale u. Zscherbener Str.– 290.000 € (2016)
- Projekt 7.660160 - Etkar-Andrè-Straße – 150.000 € (2016)
- Projekt 7.660161 - Südstadtring (abschnittsweise) – 250.000 € (2016)

Die vorgesehenen Finanzmittel werden zur Finanzierung von notwendigen Maßnahmen in den Bereichen Brandschutzgrundsicherung und für bauliche Maßnahmen zur Gewährleistung einer inklusiven Beschulung an halleschen Schulen eingesetzt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

vertagt bis zur Behandlung der Nachtragssatzung (September 2013)

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen,  
städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

- zu 5.4.3 Änderungsantrag des Stadtrates René Trömel (Fraktion DIE LINKE.)  
zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das  
Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037)  
- Ist-Kosten Bereich Kita  
Vorlage: V/2013/11481**
- 

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt, in der Kostenstelle 1.36501 – Betrieb von Kindertageseinrichtungen – die Ist-Kosten des Jahres 2012 aus dem Bereich Kindertagesstätten als Planansatz für das Jahr 2013 einzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

zurückgezogen

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

**zu 5.4.4 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037)  
- Ist-Kosten der Unterkunft  
Vorlage: V/2013/11487**

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

Für das Produkt Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende – sind die Ist-Kosten des Jahres 2012 als Planansatz für das Jahr 2013 für die Kosten der Unterkunft einzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

zurückgezogen

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

## **A u s z u g**

### **aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

**zu 5.4.5 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion, der SPD-Stadtratsfraktion und der FDP-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011 (Vorlagen.-Nr. V/2012/11037)  
Vorlage: V/2013/11578**

---

#### **geänderter Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

1. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Abteilungsleiter/in Existenzsichernde Leistungen“ (A 16) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
2. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Abteilungsleiter/in Soziale Nachhaltigkeit“ (A 15) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
3. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Abteilungsleiter/in Jugendintegration“ (E 15Ü) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
4. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Abteilungsleiterin Hilfe in besonderen Lebenslagen“ (E 15) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
5. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Sachbearbeiter/in strategische Steuerung“ (A 15) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
6. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Stelle Büroleiter/in (OB-Büro)“ (E 15) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen. **Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Stelle Büroleiter/in (OB-Büro)“ (E 15) bleibt im Stellenplan.**
7. Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Leiter/in Strategische Steuerungsunterstützung/ HH-Konsolidierung“ (E15) bleibt im Stellenplan.
8. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Prüfer/in Sonderprüfstelle komplexe Bauvorhaben“ (A 15) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen. **Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Amtsleiter/in Bauordnung und Denkmalschutz“ bleibt im Stellenplan.**

9. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Prüfer/in Sonderprüfstelle komplexe Bauvorhaben“ (E 14) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen. **Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Ressortleiter/in Straßenverwaltung / Jurist/in“ bleibt im Stellenplan.**
10. ~~Drei der~~ **Die vier** vorgesehenen zusätzlichen Stellen „Betriebswirte“ (E 13) werden nicht in den Stellenplan aufgenommen.
11. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Fachbereichsleiter/in Wissenschaft“ (E14) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen. **Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Teamleiter/in Technologie, Innovation und Medien“ bleibt im Stellenplan.**
12. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Fachbereichsleiter/in Sport“ (E13) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen. **Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Ressortleiter/in Sport“ bleibt im Stellenplan.**
13. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Leiter/in DLZ Klimaschutz“ (E 13) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
14. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Leiter/in DLZ Veranstaltungen“ (E 13) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
15. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Leiter/in DLZ Bürgerengagement“ (E 13) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
16. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Leiter/in DLZ Familie“ (A 13) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
- ~~17. Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Leiter/in Sozialraumzentrum Mitte-Nord-Ost“ bleibt im Stellenplan.~~
- ~~18. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Leiter/in DLZ Wirtschaft“ (E 13) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.~~

#### **Abstimmungsergebnis:**

6 Ja-Stimmen  
4 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
mehrheitlich zugestimmt

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

**zu 5.4.6 Änderungsantrag des Stadtrates Werner Misch (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011"-V/2012/11307 - hier Produkt 1.55101 „Grünflächen und Parkanlagen“  
Vorlage: V/2013/11583**

---

**Beschlussvorschlag:**

Im Produkt 1.55101 „Grünflächen und Parkanlagen“ werden die Aufwendungen im Sachkonto Parkanlagen 52210600 um 80.000,00 EUR erhöht.

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

## **A u s z u g**

### **aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

#### **zu 5.5 Genehmigung eines außerplanmäßigen Aufwandes für die Betreibung der Robert-Koch-Schwimmhalle in dem Haushaltsjahr 2012 - Vorlage: V/2013/11565**

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt den außerplanmäßigen Aufwand für die erbrachten Leistungen der Bäder Halle GmbH im Rahmen des Betriebes der Robert-Koch-Schwimmhalle in 2012 im PSP Element 1.42402.01 Bereitstellung und Betrieb von Bädern in Höhe von 151.900 €.

#### **Finanzielle Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt:**

Außerplanmäßiger Aufwand: 1.42402 Bereitstellung und Betrieb von Bädern, Transferaufwendungen in Höhe von 151.900 Euro

#### **Deckung aus folgenden Produkten:**

- 1.42402 Bereitstellung und Betrieb von Bädern, öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte in Höhe von 50.000 €
- 1.57101 Wirtschaftsförderung, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 20.000 €
- 1.57103 Arb.markt, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 5.000 €
- 1.11126 Grundstücksverkehr, Privatrechtliche Leistungsentgelte in Höhe von 50.900 €
- 1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen, Transferaufwendungen in Höhe von 26.000 €

Die in Rechnung gestellten Leistungen sind periodengerecht dem Haushaltsjahr 2012 zuzuordnen. Der Finanzfluss wird im Haushaltsjahr 2013 realisiert.

#### **Abstimmungsergebnis:**

F.d.R.

9 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

## **A u s z u g**

### **aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

- zu 7.1     Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH)  
Vorlage: V/2012/11187**
- 

#### **geänderter Beschlussvorschlag:**

1. Der Oberbürgermeister bzw. dessen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) werden beauftragt, im Rahmen der Strategiediskussion innerhalb der Gesellschaft auch alternative Formen zur Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs anstatt der jährlichen Tarifierhöhungen untersuchen lassen. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben.
2. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister bzw. dessen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der MDV GmbH, bis zur Vorlage des Strategiepapiers „Entwicklung des Verbundraums und des integrierten Verbundsystems bis zum Jahr 2025“ **etwaiger keine** Tarifierhöhungen **erst nach vorheriger Beschlussfassung des Stadtrates** zuzustimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
7 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

**zu 7.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) (V/2012/11187)  
Vorlage: V/2012/11260**

---

**Beschlussvorschlag:**

Beschlusspunkt 2 wird wie folgt ergänzt:

2. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin bzw. deren Vertreter in der Gesellschafterversammlung der MDV GmbH, bis zur Vorlage des Strategiepapiers „Entwicklung des Verbundraums und des integrierten Verbundsystems bis zum Jahr 2025“ **etwaiger ~~keiner~~ Tarifierhöhungen erst nach vorheriger Beschlussfassung des Stadtrates** zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

erledigt – durch Antragsteller übernommen

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

**zu 7.2     Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung  
Vorlage: V/2012/11266**

---

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt gegenüber der Landesregierung Sachsen-Anhalt Mittel aus dem 5. Bund-Länder-Verwaltungsabkommen zur weiteren Sanierung des Braunkohletagebaus im Stadtgebiet einzufordern.

**Abstimmungsergebnis:**

erledigt

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen,  
städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

**zu 7.2.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-  
Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung (V/2012/11266)  
Vorlage: V/2012/11302**

---

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Bereich des Altbergbaus bei entsprechender Feststellung von Gefahrenlagen durch das Landesamt für Geologie und Bergwesen einschlägige Fördermittel abzurufen und die jeweiligen Eigenmittel bereitzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

erledigt

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

## **A u s z u g**

### **aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

#### **zu 7.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft Vorlage: V/2012/11276**

---

#### **geänderter Beschlussvorschlag:**

Die **Verwaltung legt dem Stadtrat** bis zum Mai 2013 ein Konzept zu den Kosten der Unterkunft **vor**, das die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundessozialgerichtes in Bezug auf die Regelsätze und die Heizkosten berücksichtigt.

In dem Konzept untersucht die Stadtverwaltung u.a. die Gründe für das abnehmende Angebot an Wohnungen mit niedrigen Mieten und überprüft dabei insbesondere in wieweit eigene Handlungen, z.B. Regelungen bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft, Steigerung der Grundsteuer, Erhöhung der Kosten von Energie und Wasser durch neue Abgaben dieses befördert haben.

**In regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch jährlich, berichtet die Verwaltung dem Stadtrat über sich ergebene Veränderungen aus Bundesgesetzgebungen bzw. örtlichen Gegebenheiten wie der Entwicklung des Wohnungs- und Mietmarktes oder der Entwicklung von Verbraucherpreisen und der sich daraus ergebenden Veränderungen für die Kosten der Unterkunft in der Stadt Halle (Saale).**

#### **Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

**zu 7.4     Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung  
Vorlage: V/2013/11368**

---

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt eine Konzeption zur strategischen Sozialplanung dem Stadtrat zur Beschlussfassung bis zur Aufstellung des doppelten Haushalts 2014 vorzulegen. Die Konzeption soll die ganzheitliche Betrachtung sozialstruktureller Belange umfassen und neben der Evaluation der Bestandsdaten einen Maßnahmenkatalog mit Handlungsempfehlungen enthalten sowie die Zielperspektive darstellen.
2. Die Erstellung der Konzeption soll unter Mitwirkung aller Dezernate, Vertretern des Stadtrates, Vereine und Verbände sowie der Bürger und Bürgerinnen der Stadt Halle (Saale) erfolgen.
3. Ziele und Handlungsempfehlungen werden regelmäßig fortgeschrieben.

**Abstimmungsergebnis:**

abgesetzt

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

## **A u s z u g**

### **aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

**zu 7.5 Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 -  
Vorlage: V/2013/11353**

---

#### **geänderter Beschlussvorschlag:**

1.

Die Stadt Halle (Saale) verfolgt das Ziel, bis zum Jahr 2025 alle bestandsfähigen städtischen Schulen in Halle (Saale) baulich so zu verändern, dass eine Beschulung von ~~bewegungseingeschränkten~~ **behinderten** Schülerinnen und Schülern, ~~insbes. die auf einen Rollstuhl angewiesen sind~~, dort möglich ist.

2.

Die Stadtverwaltung unterrichtet ~~den Stadtrat jährlich über die erfolgten und geplanten Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels.~~ **im Rahmen der jährlichen Fortschreibung der Prioritätenliste Investitionen an Schulen und Horten Teil 1 (Stadtratsbeschluss Nr.: V/2012/10921 vom 12.12.2012) über die erfolgten und geplanten Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles.**

3.

***Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2013 für alle städtischen Schulen eine Maßnahmebeschreibung (aufgeschlüsselt nach baulichen Maßnahmen und Ausstattung) zu erstellen, sowie eine Kostenschätzung für die Maßnahmen vorzunehmen und die Gremien des Stadtrates zu informieren.***

#### **Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

einstimmig zugestimmt

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

**zu 7.5.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Voralgen-Nr.: V/2012/11353)  
Vorlage: V/2013/11535**

---

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadt Halle (Saale) verfolgt das Ziel, bis zum Jahr 2025 alle bestandsfähigen städtischen Schulen in Halle (Saale) baulich so zu verändern, dass eine Beschulung von ~~bewegungseingeschränkten~~ **behinderten** Schülerinnen und Schülern, ~~insbesondere die auf einen Rollstuhl angewiesen~~, dort möglich ist.
2. Die Stadtverwaltung unterrichtet den Stadtrat jährlich über die erfolgten und geplanten Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels.

**Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

**zu 7.5.2 Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlage: V/2013/11353)  
Vorlage: V/2013/11585**

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlusstext wird ergänzt und erhält folgenden Beschlusspunkt 3:

3.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2013 für alle städtischen Schulen eine Maßnahmenbeschreibung (aufgeschlüsselt nach baulichen Maßnahmen und Ausstattung) zu erstellen, sowie eine Kostenschätzung für die Maßnahmen vorzunehmen und die Gremien des Stadtrates zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

**zu 3.1 Pachtvertrag zur Betreuung und Bewirtschaftung der Georg-Friedrich-Händel-Halle ab 2014  
Vorlage: V/2013/11434**

---

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Vergabe des Pachtvertrages zur Betreuung und Bewirtschaftung der Georg-Friedrich-Händel-Halle an die Betreiber GmbH von Matthias Winkler und Ulf Herden vom 01.01.2014 bis zum 30.06.2023.
2. Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister, eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen.

**Finanzielle Auswirkung:**

Ergebnishaushalt:   Produkt:       1.28106  
                          Sachkonto:   53170000

2014 bis 2023: jährlich jeweils 250.000 Euro netto bzw. 297.500 Euro brutto

**Abstimmungsergebnis:**

abgesetzt

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

- zu 4.1 Bericht des Fachbereiches Rechnungsprüfung über die Prüfung der Betätigung der Stadt Halle(Saale) als Gesellschafterin des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle GmbH (MMZ) in den Jahren 2008 bis 2010  
Vorlage: V/2012/11310**
- 

**Ergebnis:**

Der Stadtrat nimmt den Bericht des Fachbereiches Rechnungsprüfung über die Prüfung der Betätigung der Stadt Halle (Saale) als Gesellschafterin des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle GmbH (MMZ) in den Jahren 2008 bis 2010 zur Kenntnis.

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom  
19.03.2013:**

**zu 4.2      Wirtschaftsplan Haushaltsjahr 2013 – Entwicklungsmaßnahme Heide-  
Süd  
Vorlage: V/2012/11331**

---

**Ergebnis:**

Die Fortführung der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd im Haushaltsjahr 2013 auf der Grundlage des in der Anlage beigefügten Wirtschaftsplanes wird zur Kenntnis genommen.

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin

**A u s z u g**

**aus der Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 19.03.2013:**

**zu 4.3 Informationsvorlage zur Umsetzung des Beschlusses V/2011/10049 vom 23.11.2011 zur Übertragung der Erschließungsanlagen im Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A14  
Vorlage: V/2013/11501**

---

**Ergebnis:**

Der Stadtrat nimmt den Sachstand zur Umsetzung der Übertragung der Erschließungsanlagen zur Kenntnis.

F.d.R.

---

Martina Beßler  
Protokollführerin